

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 27.11.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Herr Jan Banze
Herr John Simon Chowdry
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Hanane El Alaoui
Herr Cihad Kefeli
Herr Ammar Kojan
Frau Sarah Labarbe
Herr Kamal Madougou-Zongo
Frau Tanja Orlowski
Herr Klaus Rees
Frau Brigitte Stelze
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Vincenzo Copertino
Herr Jan Maik Schlifter
Frau Miriam Welz

Referent*innen

Frau Dr. Authaler	Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswiss.	TOP 6
Herr Dr. Möller	Historisches Museum Bielefeld	TOP 6
Studierende der Uni Bielefeld		TOP 6
Frau Junker	KI, KIM	TOP 9

Verwaltung:

Herr Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dez. 5	(bis 18:20 Uhr)
Herr Meser	KI, Leitung	
Herr Turow	Kommunale Ausländerbehörde, Leitung (150.3)	TOP 7
Frau Terbrack	KI, Geschäftsstelle für den Integrationsrat	Schritfführung

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilovic begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Vorsitzende berichtet, dass sie und ihre Stellvertreterin kurz vor der Sitzung im Büro der Vorsitzenden einen anonymen Brief gefunden hätten. Darin gäbe eine anonyme Person eine Stellungnahme zu einem Mitglied des Integrationsrates ab. Das betreffende Mitglied sei darüber noch nicht informiert worden.

Die Mitglieder beraten, wie sie mit dem Schreiben umgehen. Gegen eine Behandlung in der Einwohnerfragestunde (TOP 1) spräche, dass es sich um ein anonymes Schreiben handle und man nicht wisse, ob es tatsächlich von einer/einem Bielefelder*in verfasst worden sei. Ein Mitglied rät aufgrund der Anonymität gänzlich von einer Auseinandersetzung mit dem Schreiben ab. Ein anderes Mitglied legt eine nicht öffentliche Diskussion nahe, da der Inhalt personenbezogen sei. Zustimmung findet der Vorschlag sich im Anschluss an die Sitzung dazu auszutauschen.

Zu Punkt 1

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung der Niederschrift

Aufgrund technischer Probleme wurden die Niederschriften nicht zusammen mit der Einladung versendet, sondern nachgereicht.

Zu Punkt 2.1

Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung des Integrationsrates am 11.09.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Integrationsrates am 11.09.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die 36. Sitzung des Integrationsrates am 30.10.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Integrationsrates am 30.10.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Resonanz zu Videobotschaften

Die Vorsitzende berichtet über den Erfolg und die Reichweite der produzierten Video-Botschaften:

1.) Die Videobotschaft gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung NRW habe 41,3 % Follower und 1.600 Konten erreicht. Außerdem sei die Videobotschaft sowohl an die Landesregierung geschickt als auch im Rahmen der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates NRW thematisiert worden.

2.) Die Videobotschaft zu der Kampagne „Mehr als Du siehst“ habe 60,8 % Follower und 1.388 Konten erreicht.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates am 23.11.2024

Die Vorsitzende berichtet von der Hauptausschusssitzung, die am 23.11.2024 in Düsseldorf stattgefunden habe:

- Mitgliederversammlung am 14.12.2024
- Novellierung des §27 GO zur Stärkung der Kompetenzen der Integrationsräte
- geplante Namensänderung: Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
- Kürzungen im Haushaltsentwurf 2025 der Landesregierung in Integrations- und Sozialprogrammen
- Frau Adilovic stellt sich weiterhin als Vorstandsmitglied des Landesintegrationsrat NRW zur Verfügung, Wahlen am 14.12.2024

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Berichte aus den Ausschüssen

Aus den Ausschüssen wird nicht berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 6 Oral History-Projekt Berichterstattung: Dr. Caroline Authaler, Dr. Christian Möller, Fabian Rodatz, Laura Schäfer, Thomas Schlienz

Frau Dr. Authaler (Universität Bielefeld) und Herr Dr. Möller (Historisches Museum Bielefeld) stellen zusammen mit einer Gruppe von Studierenden das Projekt „Migrationsgeschichte(n) in Bielefeld – Ein kooperatives Zeitzeugenprojekt“ vor und beantworten anschließend die Fragen des Gremiums.

Ziel sei es sowohl Migrationsgeschichte(n) als auch die postmigrantische Stadtgesellschaft unter Einbeziehung und Beteiligung unterschiedlicher Akteure und Perspektiven zu erforschen und zu dokumentieren. Dabei solle keine thematische „Sondergeschichte“ geschrieben werden, sondern die Normalität des Alltags gezeigt werden.

Die Studierenden berichten von den Zeitzeug*inneninterviews, die sie im Rahmen eines Seminars geführt hätten. Es sei eine möglichst breite, diverse Auswahl an Interviewpartner*innen getroffen worden. Die Studierenden hätten sehr persönliche Einblicke erhalten. Zur Archivierung der digitalen Interviews gäbe es eine Kooperation mit dem Stadtarchiv.

Das Projekt könne unterstützt werden durch

- weitere Kontaktvermittlung von Interviewpartner*innen – das könnten Personen, Gruppen und Vereine sein. Der Fokus sei u. a. auf eine große Altersdiversität sowie auf soziale Diversität gerichtet.
- Kontaktvermittlung zu Bildungseinrichtungen/Jugendlichen, die Interesse haben Interviews durchzuführen.
- Mitwirkung in der Steuerungsgruppe.
- die Spende von Exponaten.

Aus dem Gremium kommen folgende Anregungen:

- Die Ergebnisse sollten ansprechend und besucherorientiert präsentiert werden (Beispiel: Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven).
- Das Projekt möge in eine lebendige Erinnerungskultur eingebettet werden, indem die Interviews kontextualisiert und Orte sichtbar gemacht würden.
- Aus den Ergebnissen könnten Themen für die Politik abgeleitet werden um Zukunft zu gestalten.
- Die Ergebnisse seien eine wichtige Quelle für zukünftige Generationen um aus der Geschichte zu lernen.

Herr Meser bietet den Projektverantwortlichen an, ihn zu kontaktieren,

damit Möglichkeiten der Vorstellung in den Netzwerken seines Amtes sowie weitere Kooperationsmöglichkeiten erörtert werden können.

-.-.-

Zu Punkt 7

Kennzahlenbericht über die Situation in der Kommunalen Ausländerbehörde inkl. der Einbürgerungsstelle **Berichterstattung: Herr Turow**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9005/2020-2025

Herr Turow berichtet über die Situation in der Kommunalen Ausländerbehörde und beantwortet anschließend die Fragen des Gremiums.

Daten über Beschwerdefälle würden nicht statistisch erhoben. Daher müsse die Erhebung manuell erfolgen und die Angaben würden nachgereicht.

In der Abteilung Allgemeine Ausländerangelegenheiten sei der Informationsschalter im Wartebereich wieder für Beratungen, allgemeine Informationen und Terminbuchungen geöffnet. Das Backoffice werde ausgebaut. Dort könnten beispielsweise Unterlagen vorgeprüft werden.

Im Rahmen eines Optimierungsprozesses würden in der Abteilung Staatsangehörigkeiten, Einbürgerungen die Öffnungszeiten ausgeweitet und das Personal aufgestockt.

Die digitalen Angebote, wie die Einführung des Online-Antrags, würden sich gut entwickeln.

Im Laufe der Bearbeitungszeit von derzeit 2 Jahren könnten Veränderungen eintreten. Jedoch würde die Entscheidung über einen Antrag nicht rückblickend getroffen, sondern auf der Grundlage der aktuellen Situation.

Im Allgemeinen würden die Anträge in chronologische Reihenfolge bearbeitet. Unter Umständen würden Anträge und einfache Fälle, über die schnell entschieden werden könne, vorgezogen.

Bei Umzug der antragstellenden Person würde der Antrag mit umziehen. Es ließe sich beobachten, dass die Bearbeitungszeiten in größeren Orten tendenziell länger dauerten, in kleineren Orten ginge es tendenziell schneller.

Zum Thema Einbürgerung seien öffentliche Informationsveranstaltungen geplant.

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8

Verwendung von Restmitteln aus dem Integrationsbudget

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9093/2020-2025

Zunächst werden Verständnisfragen zu den dargestellten Maßnahmen geklärt:

Bei der finanziellen Unterstützung in Höhe von 15.000 Euro, die Afrika Wakati e.V. für das zweite OWL Afrofestival beantragt hat, handele es sich um einen Zuschuss; das Festival verursache insgesamt höhere Kosten. Angaben zu den Besucherzahlen des ersten Festivals könnten auf Wunsch nachgereicht werden.

Bei dem Projekt Community Atelier handele es sich um ein mehrjähriges Projekt, welches aktuell und, wie beantragt, bis 2026 laufe.

Der wachsende Bedarf an Beratungen für Betroffene von Diskriminierung sei gemeinsam mit anderen Beratungsstellen, u. a. des DRK Herford, ermittelt worden. Frau Dogan-Alagöz teilt ihre Einschätzung mit, dass die Maßnahme von einem Trägerverein durchgeführt werden solle. Als Trägerverein solle ein Migrant*innenverein priorisiert werden, da diese Erfahrungen mit dem Thema hätten.

Laut Verwaltung sei für die Durchführung des Gruppenangebots momentan kein Trägerverein angedacht, sondern eine anerkannte Expert*in auf dem Fachgebiet angefragt worden. Dadurch könne auf den spezifischen Bedarf, den die Antidiskriminierungsstelle festgestellt hat, reagiert werden. Es handele sich um eine Art Pilotprojekt als Reaktion auf akuten Beratungsbedarf und erweitere das Angebot an Verweisberatungen. Daraus könnten zukünftige Konzepte für ein Regelangebot entwickelt werden, das dann ggf. auch ausgeschrieben werden könne.

Es wird zu Protokoll gegeben: Der Integrationsrat wünsche eine zukünftige Schwerpunktsetzung im Bereich Stärkung von Betroffenen bei antimuslimischer Diskriminierung.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Integrationsrat selbstverständlich Schwerpunkte setzen könne. Die Verwaltung/das KI setze jedoch keine Schwerpunkte hinsichtlich von Diskriminierungskategorien, sondern werde weiterhin alle Kategorien von Diskriminierung im Blick behalten. Auch die Erfahrungen der Antidiskriminierungsstelle bestätigten eher einen allgemeinen Bedarf. Bei Betroffenen von antimuslimischem Rassismus fehle jedoch aktuell ein Verweisangebot. Gleichwohl solle auch diese Form von Gruppenangebot perspektivisch allen Menschen mit Diskriminierungserfahrungen im Bereich der Antidiskriminierungsstelle im KI zur Verfügung stehen.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage würden Verwendungsvorschläge in Höhe von 93.950 Euro gemacht. Damit seien nicht sämtliche Restmittel aufgebraucht, sondern ein Restbetrag in Höhe von 102.970,23 Euro verbleibe.

Es wird zu Protokoll gegeben: Die Restmittel des Integrationsbudgets, die nicht verausgabt würden, verfielen nicht.

Für die Verwendung der Mittel aus dem Integrationsbudget sei u. a. als Schwerpunkt beschlossen worden Schüler*innen beim Übergang von der Realschule in den Beruf zu begleiten und zu fördern, so Herr Rees. Diese Maßnahme benötige mehr Mittel als Restmittel zur Verfügung stünden, sie sei aber sehr wichtig und die Umsetzung dürfe nicht gefährdet werden. Um die Maßnahme weiterhin zu unterstützen, suche Herr Nürnberger (laut Herrn Rees) nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten.

Herr Yildirim beantragt über die sechs Maßnahmen, die in der Begründung dargestellt sind, einzeln abzustimmen.

Die Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag abstimmen und stellt folgendes Ergebnis fest:

Der Integrationsrat lehnt den Antrag auf einzelne Abstimmung mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen ab.

Anschließend sammeln die Mitglieder ihre Anregungen zu der Maßnahme „Bedarfsorientiertes Gruppenangebot zur Stärkung von Betroffenen von (antimuslimischer) rassistischer Diskriminierung“, damit sie in die Beratung und Entscheidung des Sozial- und Gesundheitsausschusses einfließen können.

- In Zeiten von steigenden antimuslimischen Diskriminierungsfällen solle die Maßnahme mit mehr finanziellen Mitteln unterstützt werden (Aufstockung).
- Es wird um Überprüfung und Anpassung des veranschlagten Finanzierungsbedarfs von jährlich 3.500 Euro gebeten, da der Ansatz als zu gering angesehen wird.
- Die Maßnahme solle in ein Regelanangebot überführt werden.
- Die Dauer von 2,5 h pro Termin sei nicht ausreichend und solle auf 5 h verlängert werden.
- Zusätzlich zu dem Beratungsangebot in Gruppen werde auch ein Verweisangebot für Einzelberatungen gewünscht.
- Der besondere Beratungsbedarf von Frauen und Mädchen solle berücksichtigt werden.
- Auch Schulen sollen im Bereich antimuslimischer Rassismus in den Blick genommen werden, da hier ein Bedarf bestehe.

Herr Meser wird gebeten kurzfristig den „passenden“ Finanzierungsbedarf der Maßnahme zu ermitteln und die aktualisierte Summe frühzeitig vor der nächsten Sitzung des SGA mitzuteilen.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

Aus den bisher nicht verausgabten Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Anlage dargestellten Maßnahmen und Angebote finanziert.

Darüber hinaus empfiehlt der Integrationsrat die Aufstockung der Mittel für das Bedarfsorientierte Gruppenangebot zur Stärkung von Betroffenen von (antimuslimischer) rassistischer Diskriminierung (Ifd Nr. 5).

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Die Vorsitzende übergibt vorübergehend (von 19:20 - 19:30 Uhr) die Sitzungsleitung an die erste Stellvertreterin Frau El Alaoui.

Zu Punkt 9 Konzept Einbürgerungsfeiern

Frau Junker und Herr Meser stellen anhand einer Präsentation den Konzeptentwurf für die zukünftigen Einbürgerungsfeiern vor und beantworten anschließend die Fragen des Gremiums.

Der Entwurf sei im konstruktiven Austausch mit der Einbürgerungsabteilung entwickelt worden. Die heutige Vorstellung diene zur Weiterentwicklung des Konzepts unter Einbeziehung der Perspektive der Mitglieder des Integrationsrates.

In der Einbürgerungsabteilung würden laufend Einbürgerungen durch die Sachbearbeiter*innen vorgenommen. Geplant sei zukünftig zusätzlich zwei Mal jährlich Einbürgerungsfeiern in zeitlicher Nähe zum 23. Mai – Tag des Grundgesetzes – und zum 03. Oktober – Tag der deutschen Einheit – zu begehen. In einem würdigen, wertschätzenden Rahmen sollen ca. 5 Personen eingebürgert werden. Die Auswahl der Personen solle nach repräsentativen Kriterien erfolgen und Vielfalt widerspiegeln. Neben allen Eingebürgerten des zurückliegenden Zeitraums würden auch Familienangehörige und Gäste eingeladen. Wenn es die finanziellen Möglichkeiten erlauben, sollen die Einzubürgernden ein kleines Geschenk mit Bielefeld-Bezug erhalten. Nachdem die ersten Einbürgerungsfeiern stattgefunden hätten, solle es eine Reflexion und ggf eine Anpassung geben.

Das Bürgeramt habe positive Rückmeldungen zum Konzeptentwurf gegeben und prüfe derzeit, ob alle rechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Zeitnah soll das dann zwischen Dezernat 2 und 5 abgestimmte Konzept erneut im Integrationsrat vorgestellt werden.

-.-.-

Zu Punkt 10 Kindeswohlgefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8955/2020-2025

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 11

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Die Verwaltung berichtet, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Nachtrags-Informationsvorlage zur Übernahme der Mitgliedschaftskosten in der ECCAR an den Finanz- und Personalausschuss (FiPa) verwiesen habe. Der FiPa habe anschließend die Aufnahme in die Veränderungsliste der Haushaltsabschlussberatungen veranlasst.

-.-.-

Die Vorsitzende wünscht allen schöne Feiertage und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2025 und schließt die öffentliche Sitzung um 19:45 Uhr.

____gez._____
Murisa Adilovic (Vorsitzende)

____gez._____
Angela Terbrack (Schriftführung)